

# Protokoll

## „Runder Tisch Mobilfunk“ am 23.06.2014

Beginn: 16:30 Uhr

Ende ca. 19:30 Uhr

Bürgermeister Link begrüßt die Anwesenden und erläutert kurz die Vor- und Nachteile des Mobilfunk. Er weist auf den Beschluss des Gemeinderates hin, woraufhin ein Mobilfunkversorgungskonzept vom EMF-Institut Dr. Nießen erstellt worden ist – in einem ersten Schritt hauptsächlich als Bestandsaufnahme. Er stellt Herrn Meyer als neutralen Moderator für den Abend vor.

Herr Meyer will darauf achten, dass alle Interessengruppen zu Wort kommen.

Es folgt eine Vorstellungsrunde der Anwesenden.

Herr Dr. Nießen hält einen Impulsvortrag über sein Gutachten.

Herr Meyer fasst folgende Ziele zusammen:

	- <b>gutes Netz</b>
bei:	- <b>wenig Belastung.</b>

Herr Lambacher zitiert den früheren Stadtrat Fritz Fischer mit den Worten: „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ und damit seine Gesundheit. Er vergleicht den Mobilfunk mit den damals unbekannteren Folgen der Atomkraft, die auch ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen und der Entsorgungsproblematik realisiert wurde. Es sollte beides angestrebt werden.

Herr Trefz ist der Meinung, dass für beide Bereiche der IST-Zustand und die vorhersehbare Entwicklung festgehalten werden soll.

Für Herrn Tzschupke steht im Mittelpunkt die Gesundheit der Bevölkerung. Eine unbeantwortete Frage sei die Größe des gesundheitlichen Risikos. Daher sollte man versuchen, die Belastungen zu reduzieren.

Bürgermeister Link fasst zusammen, dass der Gemeinderat nach mehreren Diskussionen genau diese Zielsetzung beschlossen habe. Klar sei, dass wir diese Technik brauchen. Dazu würde man stufig vorgehen. Dieser erste „Runde Tisch“ sei als Auftakt zu werten. Daneben sei die Stadt auch Eigentümerin von Grundstücken und Gebäuden, auf denen Mobilfunkanlagen stünden. Für ihn stellen sich daher folgende Fragen:

- Wie gehen wir mit diesen eigenen Gebäuden und den Verträgen um?
- Vertragstreue sei dabei kein Thema.
- Man sollte allerdings auf Standorte verzichten, wenn es dadurch zu Verbesserungen der Belastung kommt.
- Können wir diesen Zielen heute näher kommen?

Für Herrn Hasch ist die Gesundheit zwar auch ein hohes Gut, jedoch werde die Diskussion über Mobilfunk auch ein sehr emotional geführt. Wer überwacht die Grenzwerte?

Dr. Nießen antwortet, dass sich hierum primär die Bundesnetzagentur über die Standortbescheinigungen kümmert. Wo die Gesundheitsbelastung einsetzt ist sehr schwer zu sagen. Er sieht in Freudenstadt ein sehr großes Optimierungspotential.

Für Herrn Schäfer haben viele Handy-Gespräche reinen Unterhaltungswert, 80% der Inhalte der Gespräche sind unnötig. Daher ist für ihn die Gesundheit wichtiger. Die bestehenden Grenzwerte sind zu hoch.

Herr Blickle erläutert, dass 10% der Bevölkerung elektrosensibel sind. Er fragt hier nach den Verantwortlichen. Die Zahl der Elektrosensiblen sollte verringert werden.

Herr Käßler fragt Dr. Nießen, ob auch andere Strahlungsquellen wie Wlan berücksichtigt wurden und ob das Gutachten auf Prognosen oder auf Messungen basiert?

Dr. Nießen erläutert, dass das vorliegende Gutachten eine Bestandsaufnahme ist. Über die Stadtverwaltung sind die technischen Daten bei den Mobilfunkunternehmen erfragt worden, wodurch die Immissionen hätten berechnet werden können. Diese habe man jedoch nicht erhalten. So musste man die Immissionen aufgrund der Standortbescheinigungen grob errechnen und diese Berechnungen mit exemplarischen Messungen ergänzen. Eine flächendeckende Messung gibt es noch nicht; im Gutachten wurde jedoch vorgeschlagen, dies zu machen. Privates Wlan kann von der Strahlungsintensität sehr unterschiedlich sein, je nachdem, wie es aufgestellt ist. Rundfunk und Fernsehen strahlen sehr viel niedriger.

Für Frau Schäfer ist es keine Demokratie, wenn 99% der Bevölkerung für die Nutzung von Handys ist und der Rest darunter leiden muss. Sie fragt, warum die Mobilfunkbetreiber nicht mit sehr viel weniger Leistung senden?

Dr. Steinhart spricht für E-Plus. Ihr Konzern war irritiert, dass er als Netzbetreiber nicht gehört wurde. Man hätte vorher prüfen sollen, wo Chancen sind und wo Grenzen. Sie hält einen neutralen Sachverständigen für gut, z.B. vom Gesundheitsamt oder dem Strahlenschutzamt.

Herr Tzschupke ist der Meinung, dass der Gemeinderat recht wenig Diskussions- und Mitbestimmungsrechte hat. Er fragt in die Runde, ob der Gemeinderat durch Ausweisung von Positivstandorten lenkend Einfluss nehmen kann.

Bürgermeister Link weist insgesamt auf die sehr unterschiedlichen Auffassungen hin. Da es angeblich sehr viele elektrosensible Menschen gebe, wundert er sich über die recht geringe Teilnahme hier. Mit dieser heutigen Auftaktveranstaltung beginnt bei der Stadt Freudenstadt der Dialog. In der Verwaltung selbst gibt es keine Fachleute. Dazu wurde das neutrale EMF-Institut Dr. Nießen zur Beratung und Begleitung beauftragt. Um das Gutachten besser berechnen zu können, hätten die Mobilfunkbetreiber ihre Daten offenlegen müssen. Mit der Bauleitplanung sei es zwar rechtlich selbstverständlich zulässig, über Positivstandorte zu lenken, das entsprechende Urteil sollte aber bitte korrekt gelesen und wiedergegeben werden.

Herr Gerber ergänzt zur Frage der Bauleitplanung, dass mit umfangreichen Gutachten zur Begründung auch Ausschlussflächen möglich wären, allerdings könne man keine Veränderungssperre über das ganze Stadtgebiet legen, da diese einer unzulässigen Negativplanung gleichkäme. Vor dem Einstieg in den Dialog war es notwendig, eine Bestandsaufnahme über das Mobilfunkversorgungskonzept zu machen und dies wiederum war nur möglich über die Standortbescheinigungen, da keine genaueren Daten zur Verfügung standen. Seiner Meinung nach war dies das richtige Vorgehen und kein Vorpreschen. Auch sollten die Eigentümer nicht beeinflusst werden, sie gehören aber mit an den Runden Tisch. Dies heute ist die Auftaktveranstaltung für ein Dialogverfahren. Eine Bauleitplanung wird nur begrenzt funktionieren und sei nicht Zielsetzung. Diese geht nur als Positivplanung mit einer Veränderungssperre und nur in einem räumlich begrenzten Bereich.

Herr Meyer fragt nach den Einflussmöglichkeiten der Bauleitplanung.

Herr Gerber erklärt, dass, wenn sich bei der Standortbescheinigung nichts ändert und der Bereich der Bauleitplanung zugänglich ist, nichts zu machen ist. Auch die Betreiber bräuchten einen Schutz.

Herr Müller (SR) weist darauf hin, dass ein Gemeinderatsbeschluss vorhanden ist, an den sich die Stadt halten soll. Jetzt sollen die Mobilfunkbetreiber Wort bekennen.

Herr Frick von der Deutschen Telekom steigt gerne mit in den Dialog ein. Er weist aber auch darauf hin, dass die Planungshoheit der Netze die Telekom hat. Standorte sind dynamisch und werden bedarfsorientiert festgelegt. Zurzeit explodiert der Datenverkehr und bringt die Netze an die Auslastungsgrenze, so dass ein Ausbau erforderlich wird. Die Zukunft sind in-

tegrierte Netze. Der Datenhunger ist unwidersprochen. Die Standorte sind sehr zentral. Er vermisst bisher in der Diskussion die Belastung durch das Handy selbst. Dies ist leistungsbezogen, das heißt, dass bei gutem Empfang und guter Versorgung die Belastung durch das Handy gering ist, bei schlechtem Empfang und Versorgung ist die Belastung durch das Handy groß.

Dr. Nießen widerspricht, dass die Netze vielleicht an der Feldstärkengrenze sind, aber nicht an der Kapazitätsgrenze.

Für Herrn Volpp muss die Sache an der Wurzel angepackt werden. wenn 80% der Gespräche unnötig sind, wäre Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit notwendig bei Bürgern, Ärzten, Schulen, Krankenhäusern usw. Die Stadt wird von vier Netzen überlagert. Er fragt, ob die Belastung bei nur einem Netz geringer wäre und ob sich die vier Konkurrenzunternehmen an Leistungsfähigkeit überbieten wollen?

Dr. Nießen erklärt, dass dann zwar ein Netzbetreiber stärker ausbauen müsste, allerdings nicht vierfach. Dann wäre auch eine geringere Reichweite möglich, allerdings nicht auf  $\frac{1}{4}$  runter sonder mehr. Die Konkurrenzsituation sei jedoch gewollt. Als Ziel kann er sich vorstellen, den Verzicht auf das Festnetz.

Für Herrn Lichtenberger von Telefonica geht die Diskussion über ein Gutes Netz und wenig Belastung am Thema vorbei, weil sie subjektiv ist und sie jeder anders sieht. Wesentlicher Punkt der Immissionen von Mobilfunk, der sich von anderen Immissionen unterscheidet, ist das, was im Focus des Immissionsschutzes steht, nämlich die Funktion des Systems. Mobilfunkbetreiber müssen diese Anlagen bauen, weil es Netze und Verkehr gibt. Dies nahm seinen Anfang vor 50 Jahren mit den A-Netzen. Die Entwicklung kommt allein aus dem Wettbewerb. Ohne den Wettbewerb wäre das mobile Telefonieren und die Datenübertragungen bis heute noch nur für die elitäre Gesellschaft. Durch Wettbewerb entsteht Innovation. Dadurch ist erst der Bedarf entstanden. Zwischenzeitlich gibt es mehr Mobilfunkverträge als Menschen. Der Kunde hat Erfahrungen mit seinen mobilen Geräten und die Erwartungshaltung der Kunden ist Planungsgrundlage. Unterschiede zwischen Sprach- und Datendiensten gibt es so grundsätzlich nicht, wie es das EMF-Institut sagt.

Herr Blickle moniert, dass Werbebroschüren damit werben, dass Mobilfunk außerhalb und innerhalb von Gebäuden funktioniert. Dadurch werden die Bürger durchstrahlt. Er fragt nach der Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen.

Dr. Nießen verweist hier auf ausführliche Untersuchungen eines Richters im Bezug auf die Unverletzlichkeit der Wohnung.

Herr Trefz ist der Meinung, dass die Mobilfunkunternehmen nur ein Bedürfnis befriedigen. Er vergleicht dies mit der Atomlobby, dieser Strom wird auch verkauft, weil die Leute das wollen. Er wiederholt die Frage von Herrn Tzschupke: was kann der Gemeinderat tun? Er will sich nicht auf die Bauleitplanung beschränken lassen. Notwendige Innovationen können nur unter Berücksichtigung des Grundgesetzes gemacht werden. Es entscheidet allein die Rechtsstaatlichkeit unserer Demokratie.

Herr Völkner von der Deutschen Funkturm (DMFG) weist darauf hin, dass wohl nur wenige wissen, wie viel Prozent des deutschen Grenzwertes in Freudenstadt ausgelastet ist. Eine neue Standortbescheinigung ergibt in den wenigsten Fällen eine Reaktionsmöglichkeit der Stadt, sondern meist eine Negativplanung. Für ihn wären die Bundesnetzagentur oder das Gesundheitsamt neutrale Gutachter. Zu den Verträgen meint er, gibt es nur zwei Parteien. Eine Einflussnahme lehnt er ab.

Herr Hasch sieht das Thema für das Gewerbe bei der Breitband- und Internetversorgung. Für sein Klientel sieht er sicher nicht die Angabe von 80% unnötiger Gespräche. Die Abfrage der DAK nach dem Bedarf ergab, dass der Datenhunger zunimmt. Die Lösung für die Zukunft ist für ihn nur per LTE möglich. Für das Gewerbe ist das Internet und der Mobilfunk sehr wichtig und Daseinsvorsorge par excellence. Ein Drittel der gewerblichen Leistungen hängen vom schnellen Internet ab, dies ist Standortfaktor Nr. 1

Bürgermeister Link weist diesbezüglich darauf hin, dass die Stadt mit den Stadtwerken mit Glasfaser in Vorleistung gegangen ist. Im Übrigen hält sich die Verwaltung an den Beschluss des Gemeinderats und hält das Vertragsrecht ein. Man diskutiert hier auf kommunaler Ebene obwohl auf höherer Ebene keine Handlung erfolgt. Die Kommune muss „philosophische“ Ersatzlösungen finden, weil das Bundesrecht unzulänglich ist.

---

#### Pause

---

Herr Meyer hat die Pinnwände folgendermaßen geordnet:

- In Freudenstadt soll es ein Netz geben.
- Möglichst wenig Belastung (Gewichtung war sehr unterschiedlich).
- Wie ist eine Optimierung möglich?
- Ist der Grenzwert beeinflussbar? Sache des Bundes.
- Ist Netz an der Grenze?
- Ist Sendemast- oder Handystrahlung schlimmer?
- Wo ist die Einflussosphäre der Stadt? → wenig!
- Gesetzliche Grundlagen? Grundgesetz? Minderheitenschutz? (alles außerhalb der Einflussnahme der Stadt).

In der nun zweiten Phase ist es Herrn Meyer wichtig, die Verständigung auf das weitere Vorgehen zu erreichen. Seines Erachtens ist ein kleineres Gremium notwendig.

Bürgermeister Link schlägt die Bildung einer kleinen Arbeitsgruppe vor, die erörtert und ein Ziel vorschlagen kann, was zu tun ist. Das Handlungsfeld sollte eingegrenzt werden. Der Gemeinderatsbeschluss muss ausgeführt werden.

Nach Herrn Gerber müssen die bestehenden Standorte berücksichtigt werden.

Herr Meyer stellt fest, dass die Verwaltung nicht das volle Vertrauen der Anwesenden hat, dieses Verfahren voranzutreiben.

Herr Hasch stellt viel Emotionalität fest und hält ein neutrales Gesundheitsamt für vorteilhaft. Er empfiehlt Dr. Jahoni.

Für Herrn Müller (SR) ist Dr. Nießen ein neutraler Gutachter. Das Gremium sollte verkleinert werden.

Herr Frick nimmt diese Anregung gerne auf. Ein Informationsbedarf sei vorhanden. Allerdings wären dann folgende Strukturen erforderlich:

- keine Grenzwert-Diskussion,
- keine gesellschaftspolitische Diskussion,
- fachliche Grundlagen notwendig,
- Planungszwänge des Mobilfunkbetreibers und unterschiedliche Standorte berücksichtigen,
- kleiner Kreis.

Herr Lambacher ist der Meinung, dass es seit vielen Jahren eine freiwillige Vereinbarung der Netzbetreiber mit den Kommunen gibt, zu diskutieren. Dabei sollen sensible Bereiche besonders berücksichtigt werden. Die Kommunen nehmen dies nicht genügend in Anspruch. Die Mobilfunkbetreiber sollen auf die Kommunen zugehen. Ein Zusammensetzen ist erforderlich. Er zweifelt an der Neutralität der Bundesnetzagentur.

Auch Frau Bathow sieht, dass die Vertrauensbasis nicht in allen Bereichen da ist. Die Mobilfunkbetreiber vertrauen nicht auf die Neutralität des Gutachtens, obwohl dieses auf physikalischen Grundlagen basiert. Der bundesdeutsche Grenzwert ist sicher nicht ausgeschöpft.

Auch sie hält einen strukturierten Dialog im kleinen Kreis für sinnvoll, evtl. auch mit zwei oder drei Gutachtern.

Herr Trefz plädiert für eine kleine Arbeitsgruppe mit genügend Vorab-Information. Es ist etwa der gleiche Wissensstand notwendig, um die Zielrichtung festzulegen. Er hält Glasfaser besser als LTE.

Bürgermeister Link hat keine Zweifel an der Neutralität von Dr. Nießen, jedoch andere Teilnehmer dieses Runden Tisches. Und da dies nun ein Runder Tisch ist und keine Gemeinderatssitzung sei dies zu berücksichtigen.

Für Herrn Lichtenberger ist die Frage des Dialogs unstrittig. Die Freiwillige Vereinbarung wurde von Telefonica umgesetzt. Die Entwicklung geht nun weiter auf dem vorhandenen technischen Standard am Bedarf und nicht von einem Rückbau. Künftige „Einbringer“ sind die Mobilfunkbetreiber und die Stadt auf einer Basis. Er kann sich hier ein weiteres Vorgehen nicht vorstellen. Sein Wunsch ist,

1. dass sich die Stadt selbst klare Ziele setzt. Der Beschluss ist schwer umzusetzen.
2. dass der aktuelle umfassende Stand der Rechtsprechung eingeholt wird.
3. dass ein klares Bild durch das neutrale Bundesgesundheitsamt auf wissenschaftlichen Grundlagen erstellt wird. (Die Grenzwerte wurden z.B. bewusst so belassen, wie sie sind.)

Dr. Steinhart hat schon viele „Runde Tische“ scheitern sehen. Die Stadt muss sehr konkrete Ziele formulieren. Dasselbe wie heute in kleiner Runde ist Zeitverschwendung. Allein die Diskussion über konkrete Standorte ist sinnvoll. Dies heute ist thematisch zu offen.

Herr Heinzemann stellt die Frage danach, was wir hier tun wollen? Ist alles gut, wenn wir uns unterhalb der Grenzwerte befinden? Gibt es einen Dialog ohne gesetzliche Regelung? Eine Verbesserung zu erhalten, sollte für beide Seiten das Ziel sein, keine Kompromissfindung am Runden Tisch. Notwendig ist ein „Aufeinanderzugehen“ in der Diskussion.

Herr Meyer fasst zusammen, dass nun nach vielen Worten immer noch kein klares Bild vorherrscht, wohin es nun gehen soll. Er schlägt dennoch einen kleinen, vertrauensvollen Kreis bzw. eine AG mit allen Beteiligten vor, die konstruktiv das Mögliche diskutieren wollen. Auch er hält einen Runden Tisch in dieser Offenheit mit wenig Vertrauen für wenig sinnvoll. Auch möglich wäre ein Workshop, um alle auf denselben Stand zu bringen.

Bürgermeister Link will die Veranstaltung von heute aufarbeiten. Die Verwaltung ist an den Gemeinderatsbeschluss gebunden. Er will versuchen, einen gangbaren Weg und Lösung zu finden. Er hält einen kleinen Kreis auch für sinnvoll.

Herr Völkner schlägt vor, an einem konkreten Standort in die Diskussion einzusteigen, an diesem Beispiel dann mit den vorhandenen Problemen den Korridor zu testen: was ist verhandelbar. Informationen sind erforderlich.

Bürgermeister Link hält dies nun für eine gute breite offene Diskussion. Freudenstadt ist nun die erste Gemeinde im Landkreis, die dies so umsetzt, was sich nun als recht schwierig darstellt aufgrund der sehr unterschiedlichen Positionen.

27.06.2014

S. Zepf

Baurechts- und Ordnungsamt